



# Neutral! – Ein friedlicher Weg für Deutschland

Ulfried Weißer

Ulfried Weißer

Neutral! – Ein friedlicher Weg für Deutschland



Ulfried Weißer

Neutral! –  
Ein friedlicher Weg für Deutschland

Umschlagabbildung: myriam, Pixabay

ISBN 978-3-7329-0769-4

ISBN E-Book 978-3-7329-9197-6

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur  
Berlin 2021. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,  
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

[www.frank-timme.de](http://www.frank-timme.de)

# INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung .....	11
B. Eine Frage der Selbstachtung .....	17
C. Eine Vision .....	63
D. Pazifismus in Deutschland .....	69
1. Aktuelles Meinungsbild .....	84
2. Die fehlende Sicherheitsdebatte .....	107
3. Der Wettbewerb der Systeme .....	122
E. Die pazifistische Tradition .....	133
1. Die Bibel .....	134
2. Der innere Friede .....	141
3. Der Westfälische Friede .....	147
4. Die Soziale Marktwirtschaft .....	151
5. Internationale Kontakte .....	157
6. Internationale Rahmenwerke .....	158
6.1 Freihandelsabkommen .....	159
6.2 Die Stärke des Rechts .....	162
6.3 Die Vereinten Nationen .....	163
F. Einige Autoren .....	165
1. Georg Rodolf Weckherlin .....	165
2. Immanuel Kant .....	165
3. Gotthold Ephraim Lessing .....	169
4. Georg Friedrich Nicolai .....	174
5. Sebald Rudolf Steinmetz .....	178
6. Ernst Jünger .....	181
7. Erich Maria Remarque .....	182

8. Friedrich Wilhelm Foerster .....	185
9. Karl Haushofer .....	189
10. Wolfram Wette .....	193
<b>G. Der Nobelpreis für Frieden .....</b>	<b>205</b>
1. Bertha von Suttner .....	207
2. Gustav Stresemann .....	215
3. Ludwig Quidde .....	220
4. Carl von Ossietzky .....	225
5. Willy Brandt .....	231
6. Europäische Union .....	238
6.1 Das Grundgesetz.....	250
6.2 Ein Soldat .....	258
6.3 Eine Madonna.....	263
<b>H. Neue und alte Ostpolitik .....</b>	<b>279</b>
1. Im Kern defensiv .....	279
2. Eine neue Ostpolitik .....	285
3. Streitpunkt Georgien .....	306
4. Eine robuste Aktion .....	309
<b>I. Ein Ausgleich mit China.....</b>	<b>317</b>
<b>J. Der Sieger geht leer aus.....</b>	<b>335</b>
1. Preußen 1806 .....	342
2. Deutsches Reich 1871 .....	348
3. Deutsches Reich 1918 .....	354
4. Deutsches Reich 1945 .....	359
4.1 Die Gewinner .....	359
4.2 Die Verlierer .....	363

K. Pazifismus in der offenen Gesellschaft .....	369
1. Der Staat .....	371
2. Die Kultur .....	372
3. Das Wesen .....	375
4. Die Wissenschaft .....	381
L. Ein Fazit .....	387
Literaturverzeichnis .....	389
Personenregister .....	396
Sachregister .....	401



*Krieg zerstört umfassend. Er zerstört nicht nur die Wege, die Städte,  
die Häfen. Krieg zerstört den Menschen.*

*Dies ist unser aller Hoffnung: dass die Erinnerung an das Leid  
des Krieges nicht Rache gebiert, sondern immer mehr Menschen  
und Nationen den Ausweg in einem friedlichen Zusammenleben  
der Völker suchen lässt.*

*Dann kann Frieden beständig sein. Dafür tragen wir gemeinsam  
Verantwortung.*

Bundespräsident Joachim Gauck  
zum Volkstrauertag am 15. November 2015.

Von allen Ursachen des Nationalhasses ist die Unwissenheit  
die mächtigste. Wenn der Verkehr zunimmt, nimmt die Unwissenheit ab,  
und so vermindert sich der Hass.

Henry Thomas Buckle



# A. EINLEITUNG

Colin Spencer Gray (1943 bis 2020) erregte 1980 internationales Aufsehen mit der These, dass ein Atomkrieg führbar und gewinnbar sei. Als Preis für einen solchen Entscheidungskrieg um eine neue Weltordnung nannte er 20 Millionen tote Amerikaner. Zehnmal so viel würden die heile, von westlichen Wertvorstellungen geprägte nachatomare Welt erleben.

Gray war kein durchgeknallter Science-Fiction-Autor, sondern britisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Theoretiker der Geopolitik. Als Militärberater war er sowohl für die britische als auch für die US-Regierung tätig. Er gründete die US-amerikanische Denkfabrik *National Institute for Public Policy* und war externer Forscher für das *United States Army War College*. Seine Gedanken entwickelte er unter dem Titel *Victory is Possible* (Ein Sieg ist möglich) in der führenden US-Zeitschrift *Foreign Policy*, Sommer 1980. *Das Pentagon entwickelt erstmals eine Strategie für einen lang dauernden Atomkrieg* berichtete die *New York Times* Ende Mai. *Das Pentagon strebt den Sieg in einem Atomkrieg an*, zog Mitte August die *Los Angeles Times* nach. Diese Planung blieb auch in Deutschland nicht unbemerkt. *Der Spiegel*, Heft 35/1982, berichtete ausführlich darüber. Gray ging es nicht nur darum, den Sowjet-Staat zu besiegen, sondern um den Tod des Sowjetstaates. Die USA sollten im Wege einer Enthauptung die Zerstörung der sowjetischen politischen Autorität anstreben sowie die Entstehung einer Weltordnung, die mit westlichen Wertvorstellungen vereinbar ist. Es wird allerdings nicht näher ausgeführt, wie viele Tote es weltweit außer den 20 Millionen Amerikanern geben werde, oder vielmehr, wie viele Überlebende, und wie die Welt nach diesem Waffengang aussehen werde. Aber immerhin würden die Überlebenden ja nach amerikanischen Wertvorstellungen, zumal der Demokratie, leben. In welcher Weise diese funktioniert, ließ sich bis zum 20. Januar 2021 an der Art nachvollziehen, wie Präsident Donald Trump regierte.

Die Tatsache, dass Strategien dieser Art in der Führung der USA ganz ernsthaft debattiert wurden, legt es nahe, dass Deutschland die augenblickliche Befindlichkeit seiner hegemonialen Schutzmacht näher erkundet. Die aktuelle

Planung wird aus dem Artikel *Triade des Schreckens* in Heft 12/2021 der Zeitschrift *Der Spiegel* deutlich. Hier erfahren wir: *Der Kalte Krieg ist vorbei, aber nicht überall. Er dauert an in 400 unterirdischen Raketensilos in spärlich besiedelten US-Präriestaaten wie Montana, Nebraska und North Dakota. Hier herrscht wie ehemals Alarmzustand, 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag. In jedem der verbunkerten Betonschächte steckt eine allzeit bereite Interkontinentalrakete vom Typ „Minuteman III“. Sie alle können ... mit je bis zu drei Sprengköpfen eine Millionenstadt auslöschen.*

Jedoch sind diese Waffen 30 Jahre alt. Daher hatte die Trump-Regierung kurz vor der Wahl seines Nachfolgers den Rüstungskonzern Northrop Grumman beauftragt, für mehr als 13 Milliarden Dollar einen Nachfolger für Minuteman III zu entwickeln. Das Pentagon hat 659 Raketen für etwa 100 Milliarden Dollar beantragt. Das Projekt ist sicherheitspolitisch umstritten, aber es hat enormen Rückhalt unter den Abgeordneten und Senatoren jener Bundesstaaten, denen der Auftrag tausende Arbeitsplätze einbringen würde.

Die bodengestützten Raketen sind eines der drei Standbeine der amerikanischen Sicherheitspolitik, der dort sogenannten Triade. Die beiden anderen sind die seegestützten Interkontinentalraketen sowie die Bomberflotte. *Die Fülle von Atomwaffen ... soll besonders dem Hauptgegner Russland die Vernichtung garantieren, falls dieser ... den nuklearen Erstschlag wagen sollte*, meldet der Artikel im *Spiegel*.

So weit dieser Artikel. Angesichts der US-Raketenplanungen und entsprechender Planungen für neue Atom-U-Boote und neue Tarnkappenbomber bleibt in diesem Zeitschriftenbeitrag sowie anscheinend in der amerikanischen Militärplanung eine Frage ausgelassen, nämlich ob es auch ohne diese Weiterentwicklung des Atomwaffenarsenals irgendeinen russischen Verantwortlichen oder überhaupt irgend jemanden gibt, der ernstlich daran denkt, mit einem Überraschungsschlag die USA zu enthaupten. Wie sollte dies gehen? Selbst wenn die USA ihr Arsenal bis auf einen kleinen Rest reduzierten, wäre es ja völlig ausgeschlossen, die Bunker, die U-Boote irgendwo im Ozean und die Langstreckenbomber mit einem Schläge zu zerstören. Und selbst wenn dies gelänge, hätte es der Gegner ja noch mit den konventionellen Streitkräften, rund zwei Millionen umfassend ausgerüsteten Soldaten und Reservisten, zu tun. Und wie sollte es weitergehen im völlig unmöglichen Fall, dass auch diese

Armee besiegt würde? Sollten dann russische Soldaten in die USA einmarschieren und die Macht übernehmen? Wie weit würden sie kommen angesichts von rund 70 Millionen privater Haushalte, die Schusswaffen besitzen? Was sollten überhaupt Russen in Amerika ausrichten?

Angesichts dieser Fragen liegt der Gedanke nahe, dass es sich bei der Überzeugung, schon das bisherige Arsenal sei notwendig, um die Russen von einem Erstschlag abzuschrecken, um eine Wahnvorstellung handelt. Gibt es denn irgendwo beim Geheimdienst eine entsprechende Information, dass dergleichen geplant oder erwogen werde? Wenn überhaupt, dann kann es sich nur um eine Planung für den Fall handeln, wie sich Russland vor einem Enthauptungsschlag der USA schützen könne, denn Derartiges wurde ja erwogen. Bei der üblichen Abschreckungsstrategie erzeugt oder imaginiert jede Seite die Gefahren, vor denen sie sich zu schützen vorgibt. Bei den USA kommt die hegemoniale Grundauffassung hinzu, die ganze Welt müsse das amerikanische System der Demokratie übernehmen, und alle, die dies nicht tun, seien als Feinde zu betrachten. Schon die Jugendlichen lernen in der Schule, die Vereinigten Staaten seien nicht ein Staat wie alle anderen auch, sondern ein Ausnahmestaat, von Gott erwählt, um die ganze Welt zu retten: Exzeptionalismus als Staatsräson und daraus folgernd, die USA hätten ein weltweites Interventionsrecht und seien daher nicht an völkerrechtliche Regeln gebunden, wenn sie alle anderen auf den richtigen Pfad führen.

Die in ständiger Alarmbereitschaft stehenden Atomwaffen wirken als Vorbeugung gegen einen russischen Erstschlag relativ albern, als Produkt eines wahnhaft übersteigerten Sicherheitsdenkens. Sie bergen jedoch eine naheliegende Gefahr, nämlich dass durch irgendeinen Computerfehler, einen Irrtum oder was auch immer ein Fehlalarm ausgelöst wird. Dann startet ein Angriff, und die Eskalation gewinnt eine Eigendynamik, die durch beide Seiten nicht mehr zu kontrollieren ist. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Gefahr eines erweiterten Suizids. Es gibt gelegentlich den Amoklauf mit anschließender Selbsttötung. Und es gab den Absturz der Germanwings-Maschine in den Alpen am 24. März 2015, bei dem sich der Pilot Andreas Lubitz im Cockpit einschloss, um die Maschine absichtlich zum Absturz zu bringen. Ebenso ist es möglich, dass ein Offizieller mit psychischer Störung sich in sorgfältiger Planung entschließt, den großen Krieg auszulösen, um viele Millionen Menschen

mit in den Tod zu nehmen. Mit anderen Worten: Die jederzeit alarmbereiten und einsetzbaren Atomwaffen bringen nicht Sicherheit, sondern bilden im Gegenteil ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges.

Die politische Grundhaltung, dass immer mehr Kernwaffen immer mehr Sicherheit erzeugen würden, ist nur nachvollziehbar als Spiegelbild der Schusswaffenleidenschaft der privaten Bevölkerung. Wie sich diese Leidenschaft, oder Passion, oder Sucht, zeigt, wird anschaulich in dem opulenten Bildband *Bewaffnetes Amerika – Waffenbesitzer und ihr Zuhause im Portrait* (Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2008). Da posieren 100 Familien stolz mit ihrem Waffenarsenal, und jede antwortet auf die Frage: *Warum besitzen Sie eine Waffe?* Es gibt konventionelle Antworten wie: *Am Anfang war es die Jagd, dann wurde es Sportschießen, und später beim Marine Corps wurde ich Scharfschütze.* Ferner gibt es das nationale Argument: *Vor allen Dingen besitze ich eine Waffe, weil es mein Recht als Bürger der Vereinigten Staaten ist.* Oder auch: *Um das amerikanische Kulturerbe zu schützen. Indem man das Recht auf den zweiten Zusatzartikel (zur Verfassung) wahrnimmt, garantiert man zukünftigen Generationen das Recht auf Selbstverteidigung und Widerstand gegen eine möglicherweise unrechtmäßige Regierung.* Oder: *Es geht um Waffen, die so gefährlich sind, dass eine Regierung ehrlich bleibt.* Immer wieder gibt es das Argument, *dass die Welt sehr gefährlich sein kann und dass man in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen, wenn es sein muss.* Es gibt aber auch ein eher überraschendes Argument für den Waffenbesitz: *... sind Schusswaffen die beste Verteidigung gegen Zombies, falls unsere Gegend von einer Zombie-Invasion heimgesucht werden sollte.* Wichtig ist auch die Familientradition: *Mein Großvater gab mir meine erste Schrotflinte, als ich acht Jahre alt war. Er brachte uns das Schießen bei.*

Wer als Deutscher diese Argumente hört und die Fotos sieht, auf denen biedere Familienväter, Mütter und in einzelnen Fällen auch Kinder im Grundschulalter stolz mit ihren scharfen Waffen für den Fotografen posieren, kann ein elementares Gefühl der Fremdheit erleben. Es handelt sich um eine exotische Welt, eine völlig andere Kultur und Tradition – eine seit den Gründungsvätern ungebrochene stolze Geschichte, in der es niemals einen Anlass zur Revision des Überlieferten gab. Die Gedanken, dass das Recht auf Waffenbesitz gottgegeben sei oder dass man sich mit Schusswaffen im Haus

gegen eine rechtswidrige Regierung wenden könne, sind für deutsche Gemüter schwer nachvollziehbar. Deutsche würden in einem solchen Falle eher an eine Klage beim Bundesverfassungsgericht denken als an eine liebevoll gepflegte Sammlung von Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehren im Keller. Die nationale Leidenschaft für Waffen, seien es die Atomwaffen im Großen oder die Karabiner mit Zielfernrohr im Kleinen, legt den Gedanken nahe, ob Deutschland sich wirklich dem Schutz einer Macht anvertrauen solle, die kulturell auf einem anderen Planeten lebt. Die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten aus einer englischen Kolonie hervorgegangen sind, verführt leicht zu der Annahme, es handele sich um einen Ableger Europas. Das Gegenteil ist der Fall. Alle, die auswanderten, fanden es daheim in Europa unerträglich, haben einen Gegenentwurf gegründet und sich mit einem Revolutionskrieg für unabhängig erklärt. Was in Europa als selbstverständlich gilt, gilt dort als exotisch, und umgekehrt. Mit wem hat sich Deutschland da eigentlich eingelassen?



## B. EINE FRAGE DER SELBSTACHTUNG

Das zentrale Problem, bei dem es um Millionen Menschenleben geht, besteht darin, was mit der deutschen *nuklearen Teilhabe* im Einzelnen gemeint ist und wie man sich gegebenenfalls den Ablauf der Ereignisse vorzustellen hat.

Als ebenso naheliegend erscheint die Frage, welches eigentlich heute die konkrete Aufgabe der NATO sei, der Organisation des Nordatlantischen Vertrages. Immerhin hatte Donald Trump in seinem ersten und siegreichen Wahlkampf mehrmals erklärt, die NATO sei *obsolet*, das heißt *veraltet*, *nicht mehr gebräuchlich*, *überflüssig*. In der Zeitschrift *IPG Internationale Politik und Gesellschaft*, einer Online-Zeitschrift der Friedrich Ebert-Stiftung, erschien am 27. Februar 2017 der Artikel *Trump hat recht: Die NATO ist obsolet. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts, nach dem Fall der Berliner Mauer und nach dem Ende des Kalten Krieges hat sie so recht keine Aufgabe mehr. Für die Probleme, mit denen Westeuropa zurzeit zu tun hat, hat die Nato keine Relevanz mehr. Für die Ukraine sind ihr die Hände gebunden. Die Europäische Union sollte einen Großteil ihrer Aufgaben übernehmen und auch in Zukunft auf das Gewicht ihrer Soft Power setzen*, das heißt ihrer weichen und nicht militärischen Überzeugungskraft, vor allem im wirtschaftlichen, freiheitlichen, kulturellen und rechtsstaatlichen Sinne.

Die Sowjetunion hatte auch im Zweiten Weltkrieg unter Stalin niemals die Absicht, Westeuropa anzugreifen, und Russland hat es anscheinend auch heute nicht. Vielmehr fühlt es sich von der NATO, zu der schon so viel ostmitteleuropäische Staaten übergelaufen sind und die jetzt auch noch nach der Ukraine und Georgien greifen will, durchaus nachvollziehbar bedrängt und eingekreist. Es könnte also sein, dass dieses Bündnis nicht mehr Sicherheit und Stabilität bringt, sondern Spannung und Feindseligkeit schürt. Aber auch wenn es heute überflüssig und schädlich ist, so wird es deswegen nicht aufgelöst. Aus der Organisationssoziologie ist bekannt, dass eine einmal vorhandene Institution, wenn sie überflüssig wird, sich nicht auflöst, sondern sich neue Aufgaben sucht.

Über Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wird in Deutschland recht wenig diskutiert. Dies könnte sich eines Tages als schwerwiegendes Versäumnis

herausstellen, denn im Ernstfall geht es um Millionen Menschenleben auch hier in Mitteleuropa, oder gerade hier. Traditionell und aktuell gilt die Strategie der Abschreckung. Das heißt, dass die eigenen Streitkräfte so stark und dem potenziellen Gegner mindestens ebenbürtig sein müssen, dass ein Angriff für den Gegner ein unkalkulierbares Risiko darstellt. Als militärischer Gegner für Mitteleuropa kommt zurzeit nur Russland in Betracht. Es ist aber finanziell und politisch völlig ausgeschlossen, dass Deutschland allein eine Armee aufbaut, die der russischen ebenbürtig wäre. Denn dazu müsste die Bundeswehr vervielfacht werden, und außerdem brauchte Deutschland ein riesiges Arsenal von Atomwaffen. Das kann und will niemand.

Mithin verlässt sich Deutschland wie seit Jahrzehnten auf die Beistandsverpflichtung der NATO, das heißt der USA. Ob diese Verpflichtung im Ernstfall eingelöst würde, ist allerdings alles andere als sicher. Denn in Amerika gibt es, nicht nur wie seinerzeit Präsident Trump, zahlreiche Politiker, die Deutschland nicht als engen Verbündeten, sondern eher als Feind oder zumindest als hässlichen Rivalen wahrnehmen: als Trittbrettfahrer, weil Deutschland nicht genügend eigene Anstrengungen unternahme und sich in der Kuschelecke gemütlich eingerichtet habe; als Verräter, der den Russen viel Gas abkaufe und diese mit Devisen versorge; oder als wirtschaftlichen Konkurrenten, der mit unfairen Mitteln einen gewaltigen Exportüberschuss herstelle, also das weltwirtschaftliche Gleichgewicht störe.

Falls Amerika im Ernstfall wider Erwarten die Beistandsverpflichtung erfüllt, geschieht dies auf dem Wege der nuklearen Teilhabe. Das heißt, dass Staaten, die keine eigenen Atomwaffen haben, von den USA auch nuklear mitverteidigt werden. Gegebenenfalls sollen deutsche Flugzeuge die Atomwaffen vom Fliegerhorst Büchel, Rheinland-Pfalz, nach Russland tragen und dort abwerfen. Dies hätte vermutlich einen vernichtenden atomaren Gegenschlag zur Folge, wonach von Deutschland nicht mehr viel übrig bliebe. Es wäre sogar denkbar, dass sich Moskau und Washington darauf einigen, den Atomkrieg auf Mitteleuropa zu begrenzen, also die beiden Kernländer möglichst zu verschonen.

Dieser schlimme Verdacht liegt nicht ganz fern, wenn an die unterschiedliche geographische Lage gedacht wird. In dem Buch *Wir mischen uns ein – Beiträge Oldenburger Wissenschaftler zur Friedensdiskussion* (Herausgeber Arnulf Hopf und Ekkehart Naumann, Oldenburg 1985) ist ein Interview mit dem

amerikanischen Erfinder der Neutronenbombe Samuel Cohen wiedergegeben. Dieser spricht über den Verlauf eines entsprechenden Krieges.

*Frage: Aber das Merkwürdige ist, dass Sie immer über Europa reden. Und ich wohne in Europa. Also, Ihre Geschichte hört sich für mich nicht so gut an.*

*Cohen: Das ist logisch. Darauf kann ich nur sagen, dass Sie das Pech haben, dass Sie Nachbarn des Sowjetblocks sind. Sie werden bedroht. Wir sind durch den Ozean von ihnen getrennt.*

Dieser Grundgedanke wird gewöhnlich nicht offen ausgesprochen, dürfte im Hintergrund aber unverändert aktuell sein.

Wir können also feststellen:

- Entweder die USA erfüllen im Falle eines russischen Angriffs ihre Beistandspflicht, und im Zuge dieser Auseinandersetzung wird Deutschland vernichtet,
- oder die USA erfüllen die Beistandspflicht nicht, und Deutschland kann sich allein nicht selbst verteidigen, würde also russisch besetzt.

Als Ausweg aus diesem Konflikt wird die Möglichkeit diskutiert, dass Europa, die Europäische Union, eine eigene Streitmacht bildet und auf diese Weise eine strategische Autonomie gewinnt: als eigenständige zweite Säule westlicher Verteidigung auf Augenhöhe mit den USA. Hieran denkt insbesondere der französische Präsident Emmanuel Macron. Er forderte Mitte November 2020 die anderen europäischen Mächte auf, dieses Ziel konsequent zu verfolgen: *Die Vereinigten Staaten werden uns nur als Verbündete akzeptieren, wenn wir uns selbst ernst nehmen und wenn wir in unserer eigenen Verteidigung souverän sind.* Die ganze EU müsse hinter diesem Projekt stehen und sich nicht unter den amerikanischen Schutzschirm flüchten.

Die Stiftung für Wissenschaft und Politik, Berlin, kommt in ihrer Studie *Frankreichs Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Macron* vom März 2021 zu dem Ergebnis, dass Frankreich und Deutschland ganz unterschiedliche Sichtweisen auf NATO, USA und Russland haben. Macrons Außen- und Sicherheitspolitik wird von der Annahme geleitet, dass sich die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren weiter aus Europa zurückziehen und sich stattdessen auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrieren werden. Damit in

Europa kein Vakuum entsteht und Europa zur Verhandlungsmasse zwischen China und den USA werde, müsse die Autonomie Europas gestärkt werden. Macron bezeichnete die NATO als *hirntod*. Die Kritik an diesem Bündnis werde informell, hinter vorgehaltener Hand, von den meisten Mitgliedern geteilt. Macron strebt darüber hinaus auch deshalb eine engere Zusammenarbeit Europas mit Russland an, damit dieses sich nicht einseitig an China binde.

Die Bundesregierung hingegen betreibt eine genau entgegengesetzte Politik, nämlich nach der Ära Trump zusammen mit Präsident Biden das Verhältnis zur amerikanischen Schutzmacht zu normalisieren, wobei diese Schutzmacht weiterhin und von neuem den Grundpfeiler der deutschen Sicherheitspolitik bilden soll. Auch innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland unter Führung der Bundeskanzlerin bemüht, weiterhin den Status quo zu wahren. Es wird unverändert davon ausgegangen, dass nur die Atommacht USA Deutschland vor einem russischen Überfall schützen könne und dass in diesem Fall die NATO zum Schutz Deutschlands verpflichtet sei. Dementsprechend wird Russland aus Berlin wegen seiner Landnahmen auf der Krim und in der Ukraine sowie wegen der Unterdrückung von Oppositionellen sehr kritisch gesehen.

An diesem historischen Scheideweg stellt sich die strategische Frage, ob sich Deutschland weiterhin wie in den vergangenen Jahrzehnten an die USA anklammern und sich sicherheitspolitisch ganz auf Washington verlassen soll, was nebenbei auch das Verhältnis zu Frankreich belastet. Oder soll sich Deutschland ähnlich wie Frankreich allmählich von den USA abkoppeln und im Sinne einer Neuen Ostpolitik eine eigenständige Politik betreiben, indem es sich an Russland annähert und hier eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit anstrebt? Eine solche Zusammenarbeit würde einen russischen Überfall auf Deutschland noch unwahrscheinlicher machen als schon bisher. Im idealen Fall würde zwischen der Europäischen Union und Russland ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, das Russland von einer einseitigen Bindung an China abhält.

In Frankreich wird ferner befürchtet, die deutsche Regierung könne den Ausbau der Verteidigungskapazitäten vernachlässigen und von Neuem sparen. Dementsprechend verärgert reagierte Macron, als Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 17. November 2020 in der Zeitschrift *Politico* erklärte: *Illusionen über eine europäische strategische Autonomie müssen enden*. Nun ist allerdings auch für einen Laien mit bloßem Auge erkennbar,

dass an eine europäische Streitmacht, die der russischen oder gar der amerikanischen ebenbürtig wäre und insofern eine strategische Autonomie begründe, gar nicht zu denken ist. Hierzu sind die Vorstellungen und Ziele der mehr als zwei Dutzend Mitglieder viel zu unterschiedlich, von den gigantischen Kosten eines solchen Vorhabens ganz zu schweigen. Aus der Sicht der Atlantiker in Deutschland, die sich weiterhin einseitig an die USA binden wollen, handelt sich um einen Großmacht-Traum der ehemaligen Weltmacht Frankreich, um eine Schimäre. Und wenn Frankreich sich inzwischen, nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs, als einzige Atommacht der Europäischen Union in Szene setzt, liegt die Frage nahe, ob diese Waffen mehr sein könnten als ein Zünder im großen Krieg. Kramp-Karrenbauer lag also mit ihren Zweifeln an einer europäischen Autonomie auf der Linie der bisherigen Politik einer einseitigen Bindung an die USA, hat damit die Nadel in Macrons Luftballon gesteckt und auf diese Weise einen kleinen Knall ausgelöst.

Eine glaubwürdige Abschreckung vor einem angeblich drohenden russischen Angriff gibt es für Deutschland nach bisheriger Lesart nur durch amerikanische Atomwaffen. Aber in der rein amerikanischen militärischen Befehlskette der NATO hat Deutschland keinerlei Mitspracherecht. Trump hat gezeigt, dass vitale Entscheidungen, wie der Abzug von zwölftausend der dreißigtausend US-Soldaten aus Deutschland, in Berlin nur im Nachhinein und nur aus der Presse zu erfahren sind. Dieses Land ist der Fußball, mit dem die anderen Mächte spielen können.

Aus dieser höchst unbehaglichen und unsicheren Situation gibt es vernünftigerweise nur einen einzigen Ausweg, nämlich Russland nicht aus alter Gewohnheit, aus Zeiten des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges, als potenziellen Gegner, als Feind, zu betrachten. In der strategischen Betrachtung, wie Westeuropa und speziell Deutschland vor einem russischen Angriff zu schützen und die Russen abzuschrecken seien, bleibt merkwürdigerweise die grundlegende Frage ausgespart, ob überhaupt irgendjemand in Moskau einen solchen Angriff plant oder hiervon träumt. Fachleute betrachten die russische Strategie als im Kern defensiv. Das Land wurde geprägt durch zwei verheerende westliche Überfälle, nämlich durch Napoleon und durch Hitler, und ist entschlossen, es nicht zu einem dritten Ereignis dieser Art kommen zu lassen. Aufgrund seiner Größe und der außerordentlichen nuklearen Bewaff-

nung betrachtet sich Russland als Weltmacht, hat aber große Schwierigkeiten, diesem Anspruch politisch gerecht zu werden. Dies rührt aus der ökonomischen Schwäche, der alleinigen Konzentration auf den Rohstoffexport, her. Außerdem verfügt Russland nicht wie zuvor die Sowjetunion über ein attraktives Herrschafts- und Kultursystem. Ein großes Problem ist die Abwanderung der Intelligenz, der Fachkräfte aus Wissenschaft und Technik, nach Westen. Die Möglichkeit, militärische Macht in politischen Einfluss umzuwandeln, ist auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt: Weißrussland, Ukraine, Kaukasus. An ein militärisches Ausgreifen nach Westeuropa scheint dort niemand ernsthaft zu denken. Dies wird einfach nur unterstellt. Die Bolschewiken planten, die Revolution von 1917 zu einer Weltrevolution auszuweiten, aber schon Stalin ging 1924 zur Doktrin einer *Revolution in einem Lande* über, verzichtete also faktisch darauf, in Deutschland und überhaupt im Westen die Sowjetmacht und das sozialistische System einzurichten.

In dieser Situation liegt es nahe, in einer neuen Ostpolitik auf Russland zuzugehen, Vertrauen zu schaffen und von Russland große Mengen an Rohstoffen zu kaufen, worauf die dortige Führung aus innenpolitischen Gründen angewiesen ist. Denn nur mit den so gewonnenen Devisen kann sie soziale Segnungen verteilen, hiermit die Legitimität der Regierung sichern und revolutionären Ansätzen, wie in Weißrussland und in der Ukraine, vorbeugen.

Das etwas in der Luft liegt, ist daran erkennbar, dass Politiker zumal der Unionsparteien häufig davor warnen, eine *Äquidistanz* komme nicht in Betracht. Der Grundansatz, mit Russland, Amerika und China gleich freundliche Beziehungen und möglichst einen Freihandel zu pflegen, wäre in der Tat mit einer weiteren Mitgliedschaft in der NATO nicht vereinbar. Deutschland müsste also austreten und den Aufenthaltsvertrag, die Grundlage der jetzigen Anwesenheit amerikanischer Truppen, kündigen. Die amerikanischen Soldaten mitsamt ihren Atomwaffen würden Deutschland verlassen. Erst dann, ohne Stationierung ausländischer Truppen, wäre dieses Land wirklich souverän. Deutschland würde militärisch neutral und bliebe als überzeugtes Mitglied in der Europäischen Union, ähnlich wie die neutralen Staaten Schweden und Österreich. Dieser Schwenk hätte gleichzeitig den Vorteil, dass Deutschland nicht von den Amerikanern in irgendwelche merkwürdigen Kriege hineingezogen werden könnte, wenn die USA wieder einmal in ein Land in Übersee

einfallen, das sie nicht kennen, und dort die Demokratie einführen wollen, mit der dort niemand etwas anfangen kann und die auch daheim in den USA nicht auf überzeugende Weise funktioniert.

*Mehr Frieden wagen!*, so könnte das Motto einer neuen Bundesregierung sein, anspielend auf das *Wir wollen mehr Demokratie wagen* in die Regierungserklärung von Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969. Aber weshalb, wenn wir doch seit gut sieben Jahrzehnten Frieden haben? Und in welchem Rahmen könnte dies möglich sein?

Der Befehl zu einem Einsatz der in Deutschland lagernden Atomwaffen käme allein von den Amerikanern, und nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht mit einem Mitspracherecht der deutschen Regierung zu rechnen. Der gesamte militärische Bereich der NATO wird allein von den Amerikanern, das heißt von Persönlichkeiten wie George W. Bush und Donald Trump, befehligt. Das Ganze dient der Abschreckung der Russen, und eine solche Abschreckung funktioniert nur, wenn sie glaubwürdig ist, das heißt, wenn der Abschrecker deutlich macht, dass er im Ernstfall wirklich den Befehl gibt. Will sich wirklich die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung, als Geisel der USA, diesem Szenario aussetzen? Oder wäre es besser, auf diese nukleare Teilhabe zu verzichten und die US-Soldaten samt ihren Waffen hinaus aus Deutschland zu komplimentieren? Und sich auf einen neutralen Status innerhalb der Europäischen Gemeinschaften zurück zu ziehen?

Ganz grundsätzlich kann es nur im nationalen deutschen Interesse liegen, sich möglichst bald von den Vereinigten Staaten zu distanzieren und sich von Amerika als Schutzmacht zu verabschieden aus folgenden Gründen:

1. Die außenpolitische Sicht auf die Welt ist in Deutschland und USA genau gegensätzlich. Deutschland versucht, mit allen Staaten der Welt einen gangbaren Status, ein von gegenseitigem Respekt getragenes Verhältnis, zu finden. Die USA hingegen sind von einem manichäischen Denken geprägt, das heißt es gibt nur Freunde oder Feinde, oder wie man in Deutschland früher sagte: *Wer nicht für mich ist, der ist wider mich*. Die Gründergeneration der USA war calvinistisch geprägt. Calvin lehrte die doppelte Prädestination, das heißt, nach diesem Glauben hat Gott schon vor der Geburt eines jeden Menschen festgelegt, ob die-

ser später zum Heil kommt oder der Verdammnis verfällt. Auch hier gibt es das zweipolige Denken: Es gibt nur Verlierer und Gewinner. In den Kurzgeschichten von Ernest Hemingway erscheint das Leben als Kette von Zweikämpfen, von mehr oder minder heroischen Niederlagen.

2. Bei Donald Trump als früherem Geschäftsmann war das Denken sehr ausgeprägt, in den anderen Geschäftsleuten derselben Branche, den Wettbewerbern, keine Kollegen zu sehen, sondern Feinde. Einen anderen Unternehmer zum Stolpern oder zu Fall zu bringen, mit welchen Tricks und Finten auch immer, gilt als willkommene Marktberreinigung. Dieses Denken brachte Trump als Präsident auch in das Verhältnis zu den weltpolitischen Wettbewerbern der USA, nämlich China, Russland und Europa, speziell Deutschland, ein. Er sah überall Feinde. Dieses Denken, im Wettbewerber den Feind zu sehen, war für ihn besonders charakteristisch, prägt aber auch das ganze andere Land. Alles und jedes wird als Bedrohung der nationalen Sicherheit gesehen, obwohl weit und breit niemand erkennbar ist, der die USA besiegen und dort einmarschieren möchte. Aus dem Wahn heraus, immer mehr Waffen brächten immer mehr Sicherheit, wird privat und national ein irrwitziges Waffenarsenal unterhalten.
3. Es ist langfristig absehbar, dass das weltpolitische relative Gewicht der USA abnimmt und dasjenige Chinas zunimmt. Die Stellung als weltweite Hegemonialmacht beginnt immer mehr zu bröckeln. Die Verschuldung nimmt zu, die kulturelle Prägekraft nimmt ab. Die Amerikaner werden aber kaum zugeben, dass sie selbst dies verschuldet haben, etwa durch ein mangelhaftes Bildungssystem und die mangelnde Weltmarktfähigkeit ihrer Erzeugnisse, sondern in ihren Augen sind alle anderen hieran schuld. Das Verhalten wird also vorhersehbar noch aggressiver als bisher. Schließlich bleibt ähnlich wie jetzt im Falle Russland eine Macht übrig, die nur noch aufgrund ihrer ungeheuren Bewaffnung den Anspruch als Weltmacht erhebt.
4. Als vermeintliche alleinige Führungsmacht der Welt und als vermeintlich von Gott auserwählte Macht mit entsprechendem Sonderstatus sind die USA nicht gewillt oder nicht fähig, sich in die weltweiten Or-

ganisationen wie die Vereinten Nationen einzufügen und sich einem allgemeinen Regelwerk zu unterwerfen. Insofern sind sie eine asoziale Nation.

Insgesamt sind Denken und Strategie der USA genau entgegengesetzt ausgeprägt wie in Deutschland. Es ist eine Frage der Selbstachtung Deutschlands, endlich den Besatzungsstatus ganz abzuschütteln und „erwachsen“ zu werden, anstatt sich folgsam an einen übermächtigen Partner in Übersee anzuklammern, sich diesem bedingungslos zu unterwerfen und sich unter der Schleppe des Königs zu verstecken. Durch eine Neutralitätserklärung könnte Deutschland sich unbefangen in die internationalen Organisationen einbringen und zum Frieden und der Verständigung in der Welt beitragen.

Anstatt von Frieden ist in neuerer Zeit häufiger von Sicherheitspolitik die Rede. Das entsprechende Ressort der Bundesregierung benennt sich nach der Verteidigung. Wir müssen also kurz klären, wovon hier die Rede sein soll. Bei den Wörtern *Sicherheit* und *Sicherheitspolitik* besteht die Gefahr, dass hierunter eine große Anzahl verschiedener Dinge verstanden wird. Da ist dann nicht nur die Sicherheit vor einem militärischen Angriff gemeint, sondern auch vor Terrorismus und Verbrechen, danach die innere Sicherheit gegen Mord und Diebstahl, generell der Schutz vor Verbrechen und Straftaten aller Art, außerdem die Cybersicherheit, die Sicherheit vor Katastrophen und Seuchen, schließlich auch die Klimapolitik und das Artensterben. Durch die Vielzahl diverser Bedrohungen, Gefahren und möglicher Schäden verschwimmt der Sicherheitsbegriff im Allgemeinen. Außerdem ist bei *Sicherheit* immer die Sicherheit einer einzelnen Person oder Staates gemeint, also eher egoistisch, während *Frieden* das Verhältnis zwischen zwei oder mehr Staaten bezeichnet – mit gegenseitiger Rücksichtnahme, also eher altruistisch.

Der Begriff *Verteidigung* schließlich unterstellt immer, dass es einen Feind gibt, der einen Angriffskrieg plant, denn um höchste Sicherheit zu schaffen, wird immer vom schlimmstmöglichen Fall, dem *worst case*, ausgegangen. Im Lauf der Jahre verfestigt sich dieser im Militär allseits geteilte Gedanke zu einer vermeintlichen Tatsache. Dabei werden die militärischen Fähigkeiten des potenziellen Feindes und die von ihm ausgehende Gefahr gewöhnlich überschätzt. Wer immerzu den Nachbarn als potenziellen Gegner betrachtet, ist

zu einer Zusammenarbeit unfähig, denn diese würde ja den Gegner stärken. Daher ist die amerikanische Regierung bestrebt, das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 zu blockieren, weil der deutsche Gaskunde den Lieferanten Russland hierdurch stärken würde und Russland immer noch nur als Gegner gesehen wird.

Aus diesen Gründen soll es hier nicht um Sicherheit oder Verteidigung gehen, sondern im hergebrachten Sinne um Frieden als Abwesenheit von Krieg, als Verzicht auf staatlich organisierte militärische Gewalt als Mittel der Politik, als gute Nachbarschaft. Und zwar soll es um den Frieden in Deutschland gehen, das heißt, dass in diesem Land kein Krieg stattfinden soll und dass Deutschland nicht durch fremde Mächte, zumal Amerika, in auswärtige Kriege hineingezogen werden soll. Die zahlreichen außerdeutschen Kriege, die seit 1945 weltweit stattfanden, müssen hier außer Betrachtung bleiben.

Althochdeutsch *fridu* bedeutete Freundschaft, gegenseitige Schonung. Es geht um einen heilsamen Zustand der Ruhe und Stille, des ungestörten Wachstums. Friede kommt nicht von selbst, sondern ist das Ergebnis der Tugend der Friedfertigkeit – einer bestimmten Einstellung und des daraus folgenden Verhaltens. Ähnlich wie beim Begriff der Sicherheit ist es auch beim Wort *Friede* untunlich, dies mit vielen zusätzlichen Bedeutungen zu überfrachten, beispielsweise unter Friede auch den sozialen Frieden, die soziale Gerechtigkeit, verstehen zu wollen. Dies ist ein anderer Problemkreis.

Daher bleiben wir bei einer engeren Fassung des Begriffs: Friede soll hier als Abwesenheit von Krieg gelten. Dabei ist immer mitbedacht, dass Krieg heute nicht mehr nur als Kampf zweier Armeen draußen auf dem Schlachtfeld zu verstehen ist, sondern wie schon im Dreißigjährigen Krieg und im Zweiten Weltkrieg mit hohen Verlusten der Zivilbevölkerung und totaler Verwüstung des Landes verbunden ist, im Atomkrieg mit dessen Auslöschung.

Der Friede und das Risiko eines Krieges sollten nicht von willkürlichen und unberechenbaren Aufwallungen, von Ressentiments oder von aktuellen taktischen Erwägungen, womöglich gar des Wahlkampfes, abhängen, wie es bei Persönlichkeiten vom Schlage Donald Trumps zu befürchten ist. Der Friede soll auch nicht davon abhängen, welche Person gerade an der Spitze des Staates steht, soll vielmehr auf Dauer gestellt und nicht vom Wechsel der Personen abhängig sein. Dieses Risiko ist nur wirksam zu begrenzen, wenn es in einen

rechtlichen Rahmen, eine verbindliche für alle geltende Ordnung, eingeht wird.

Grundlegend ist hierzu der Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970, die *Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen*. Die Generalversammlung will hier *einen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens leisten, ... indem sie die Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen den Nationen ... fördert*. Sie weist darauf hin, *dass die Völker der Vereinten Nationen entschlossen sind, Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben*. Insbesondere gilt dies für Nationen unterschiedlicher Systeme und Entwicklungsstände. Dabei ist strikt untersagt, in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen. Jede mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt ist zu unterlassen. Vielmehr sind Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Das Völkerrecht geht von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker aus.

Erstmalig wird hier eine Pflicht der Staaten konstituiert, im Einklang mit der Charta der UN zusammenzuarbeiten. Dabei geht es insbesondere um die Einhaltung der Menschenrechte sowie um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und technische Beziehungen, ferner den Handel, Wissenschaft und Technologie und das wirtschaftlichen Wachstum in den Entwicklungsländern.

Weiter heißt es in dieser Erklärung der Vereinten Nationen: *Ein Angriffskrieg stellt ein Verbrechen gegen den Frieden dar, für das die Verantwortlichkeit nach dem Völkerrecht besteht. Alle Staaten werden ... geeignete Maßnahmen zum Abbau der internationalen Spannungen und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten anstreben*.

Noch wichtiger in ihrer erst später erkannten geschichtlichen Bedeutung war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki eine folgenreiche Schlussakte verabschiedete – *Von dem politischen Willen getragen, im Interesse der Völker ihre Beziehungen zu verbessern und zu verstärken, in Europa zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit sowie zur Annäherung zwischen ihnen und den anderen Staaten der Welt beizutragen*. In dieser Konferenz wirkten die Staaten nicht lediglich wie in der UN an einer allgemeinen Versammlung

mit, sondern jeder einzelne übernahm durch seine Unterschrift bestimmte Verpflichtungen. Teilnehmer waren die Staaten des damaligen Warschauer Pakts, also der Ostblock, ferner der Westen, vertreten durch USA, Kanada und die westlich orientierten europäischen Staaten, meist Mitglieder der NATO. Die Initiative ging ursprünglich vom Ostblock aus. Hier hoffte man auf eine endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der DDR und der deutsch-polnischen Grenze. Dieses Ziel wurde in der Tat erreicht. Die Konferenz war ein wichtiger Schritt zur internationalen Anerkennung der DDR. Auf den Fotos sieht man Bundeskanzler Helmut Schmidt und den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Erich Honecker einträchtig beieinander.

Die westlichen Staaten verfolgten demgegenüber in dieser Konferenz die allgemeine Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Hiermit setzten sie sich ihrerseits durch – ein Tauschgeschäft gegen die Erfüllung der östlichen Wünsche. In der Schlussakte wird festgehalten: Die Teilnehmerstaaten *anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden ... ist*. In der Tat bildet das innerstaatliche freiheitliche und friedliche Miteinander den Ausgangspunkt für eine ebenfalls in diesem Sinne geführte Außenpolitik.

Die CDU und CSU, seinerzeit im Bundestag in der Opposition, standen dem Vertragswerk von Helsinki sehr skeptisch gegenüber und beantragten in der Sitzung vom 24. Juli 1975, die Akte nicht zu unterzeichnen. Damit hätte sich die Bundesrepublik allerdings international isoliert. Die Bedenken der Unionsparteien bezogen sich auf die deutsche Frage, auf Deutschland und Berlin. Die Union beharrte hier auf dem Standpunkt, einen Staat namens DDR gebe es nicht, dieser Staat dürfe nicht international anerkannt werden, das Deutsche Reich bestehe unverändert in den Grenzen von 1937 fort und die Gebiete östlich von Oder und Neiße würden nur zurzeit von Polen verwaltet. Daher dürften die jetzigen Grenzen nicht festgeschrieben werden. Durch diese starre und realitätsfremde Haltung hatte sich Deutschland schon damals weitgehend isoliert. Ferner kritisierte die Unionsfraktion, hinsichtlich der Menschenrechte seien nur wohlklingende und letztlich unverbindliche Absichtserklärungen ausgehandelt worden. Die Regierung Helmut Schmidt führte stattdessen das Land aus der Isolierung heraus und unterzeichnete diese Akte, wie alle anderen Teilnehmerstaaten auch.

Zunächst galten die Ostblockstaaten in Helsinki als Gewinner, weil sie die Anerkennung der Grenzen erreichten, wobei allerdings auf Wunsch der Bundesrepublik mit Blick auf das Ziel der Wiedervereinigung die Klausel angefügt wurde, dass eine friedliche Grenzänderung möglich sei. Die universelle Geltung der Menschenrechte, von den östlichen Staaten anerkannt, galt hingegen als *weich*, die Einhaltung als schwer kontrollierbar, und in der Tat war in der DDR hiervon nichts zu spüren.

Als folgenreich erwies sich jedoch in den anschließenden Jahren ein wenig beachteter Schlusssatz dieser Akte: *Der Text der vorliegenden Schlussakte wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, die ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht.* Dies geschah also auch in DDR und den anderen sozialistischen Staaten mit der Folge, dass die dortigen Oppositionellen endlich einen verbrieften Anspruch in der Hand hatten, mit dem sie die Menschenrechte von ihrer Regierung einfordern konnten. Die sich bildenden und sich hierauf stützenden Helsinki-Gruppen waren dann der Keim des Untergangs dieser diktatorischen Regime.

Die umfassend erfolgreiche Konferenz 1975 auf Einladung der finnischen Regierung war gleichsam das Eingangsportal zu der Zeitenwende 1989/90, zum Ende des Sozialismus und der starren Konfrontation, die jeden Augenblick durch irgendeine Provokation, ein Versehen oder eine Falschmeldung in den großen Krieg hätte umschlagen können und in der Tat mehrmals kurz vorm Umkippen war, so etwa in der Kubakrise im Oktober 1962. Der Schritt zu dem heutigen entspannteren Miteinander, bei dem die Möglichkeit eines großen atomaren Schlagabtauschs und daher Weltuntergangs in weite Ferne gerückt ist, bestand in Helsinki zunächst einmal darin, dass sich die Staaten so akzeptierten, wie sie nun einmal waren – nicht nur in ihrem Gebietsstand, sondern auch in ihren unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen. Es kommt zwar noch vor, etwa bei den USA, Russland oder Israel, dass ungebeten in fremdes Land einmarschiert oder fremdes Land annektiert wird, aber immerhin wird derlei weltweit verurteilt. Und anscheinend haben die beiden Großmächte USA und Russland den Gedanken aufgegeben, den anderen in einem Präventivkrieg zu vernichten. In Helsinki gab es konkrete Abmachungen, um Überraschungsangriffe auszuschließen. So sind große Militärmanöver frühzeitig anzumelden, und zum Manöver werden ausländische

Beobachter eingeladen. Ferner werden die Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten, zumal der ausländischen, verbessert. In Helsinki galt es, seitens der Teilnehmerstaaten *Bedingungen zu gewährleisten, unter denen ihre Völker in echtem und dauerhaftem Frieden, frei von jeglicher Bedrohung oder Beeinträchtigung ihrer Sicherheit leben können*. Die Staaten *bekräftigen ihre Verpflichtung zum Frieden und zur Sicherheit*. In der Schlussakte verpflichten sich die Teilnehmerstaaten zu einer engen Zusammenarbeit auf zahlreichen Lebensgebieten, vom Handel bis zum Sport und der Kultur.

Die Nationen stehen allerdings unverändert in einem internationalen Wettbewerb. Nur hat sich das Feld, auf dem dieser Wettbewerb ausgetragen wird, grundlegend verändert. In der agrarischen Gesellschaft ging es um Territorien, nämlich Landflächen, die landwirtschaftlich genutzt werden konnten. In den Industriegesellschaften stand eher der Kampf um Ressourcen, um Rohstoffe, im Vordergrund. Daneben gab und gibt es immer den Kampf um die effizienteste Rüstung und Abschreckung des potenziellen Gegners. Neuerdings und angestoßen durch den Helsinkiprozess steht der Kampf um Zustimmung, um überzeugende Legitimation durch das Volk, im Vordergrund. Der Sozialismus ist nicht durch Krieg untergegangen, sondern weil die Bevölkerungen diesen Regimes eines Tages die regelmäßig eingeforderte Zustimmung verweigerten.

Schon 1929 stellte Sebald Rudolf Steinmetz in seiner *Soziologie des Krieges* fest: *Nur das Recht kann und darf die Grundlage des Friedens bilden*. Dieses Bestreben darf heute als Gemeingut aller Parteien des Bundestages gelten. Ein friedliches Zusammenleben der Völker ist nur in einer gesicherten rechtlichen Ordnung möglich, und zwar in einer westfälischen Ordnung, das heißt im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648 nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg. Damals wurde vereinbart, dass alle Staaten eine gleiche Souveränität haben, unabhängig von ihrer Stärke und ihren Machtmitteln. Das bedeutet, dass sie sich wechselseitig als gleichberechtigt achten und dass vom einen die Souveränität aller anderen respektiert wird. Keiner darf das Territorium des anderen betreten ohne eine Erlaubnis, keiner in das Nachbarland hineinregieren oder versuchen, es zu dominieren. So erhält das friedliche Zusammenleben eine feste Form. Es gibt jedoch keine zentrale Weltregierung mit Machtmonopol, die die Einhaltung dieser Grundsätze überwachen könnte. Vielmehr ist das Zusammenleben der Völker und Staaten anarchisch in einem

ungeregelten Wettbewerb um Macht und Einfluss. *Keinerlei von Einheitsstaat oder Staatenbund ausgehender Zwang bietet eine Gewähr gegen den Krieg, sondern nur die Gesinnung. Zuverlässig ist nur die echte Friedensgesinnung, welche anderen gerne gewährt, was man selbst schätzt und besitzt, und allen Zwang, nicht nur den blutigen und den für den Zwingenden selbst gefährlichen, verabscheut*, so stellte schon 1929 Rudolf Steinmetz in seiner *Soziologie des Krieges* fest. Merkwürdig aktuell klingt auch seine Feststellung: *Alle Friedensfreunde sind sich wohl darüber einig, dass Freihandel mehr als irgend etwas anderes den Krieg verhindert, ja unmöglich macht, und doch nimmt die Neigung zum Freihandel in allen Ländern ab, sogar England, sein früherer Hort, wird ihm untreu*. Was seinerzeit für England und das Britische Weltreich festgestellt wurde, gilt heute für die USA.

Aus diesem Buch aus der Sicht der 1920er Jahre wird deutlich, dass sich in diesen knapp einhundert Jahren in den Vereinigten Staaten von Amerika nichts Grundlegendes geändert hat. Steinmetz schrieb 1929: *Das Fehlen jeder Friedensgesinnung im positiven Sinne geht aus ihrem Auftreten in Mittelamerika und China deutlich hervor, aber auch aus den vielen kräftigen Maßnahmen zur Verstärkung der Kriegsrüstung und zur Verbreitung und Belebung des kriegerischen Sinnes, die vom Kriegsministerium sehr kräftig gefördert werden. Die jungen Leute sollen zu allen militärischen Tugenden erzogen werden. In einem weitverbreiteten Handbüchlein wird den Lesern eingepflichtet, dass das angeborene Verlangen, zu kämpfen und zu töten, sorgfältig herangezogen werden soll*.

Sehr viel deutlicher als heute in politikwissenschaftlichen Büchern üblich stellte Steinmetz damals fest: *Die wahre Friedensgesinnung setzt das Verständnis von und die achtungsvolle Rücksicht auf anderer Gefühle und Überzeugungen voraus, das Fehlen der Neigung, andere nach dem eigenen Bilde zu zwingen, die Abneigung, andere Rassen und Völker zu unterschätzen und im eigenen Vorteil auszubeuten, kurz die Freiheit, die Eigenheit jedes Menschen zu erkennen und zu ehren, in jedem den Selbstzweck zu sehen, – das gerade Umgekehrte aller dieser Dispositionen zeichnet den Kern des amerikanischen Volkes, die angelsächsischen Puritaner und Methodisten aus. Der puritanische Geist in seiner harten Kraft und groben Inhumanität ist eben derselbe geblieben seit dem 17. Jahrhundert*.

Der Friede und ebenso das Streben danach sind nicht einfach vorhanden und schon gar nicht selbstverständlich, wie man in Deutschland nach sieben

friedlichen Jahrzehnten womöglich glauben könnte, sondern hierin liegt eine ständige Aufgabe, und unverändert spielt dabei der Freihandel, der ungehinderte Austausch von Waren und Diensten, eine wichtige Rolle. Nochmals Steinmetz: *Die ehrliche, vollständige Friedensgesinnung der Völker muss ohne Zwang wachsen.*

Immer ist irgendwo auf der Welt Krieg mit Bomben und Granaten, mit getöteten Soldaten und Zivilisten, mit Zerstörungen und Flüchtlingsströmen. Unverändert konkurrieren alle Staaten miteinander um Macht und Einfluss. Die Geschichtsbücher schildern traditionell die Geschichte als eine Folge von Kriegen, von gewonnenen und verlorenen Schlachten und nachfolgenden territorialen Veränderungen. Weil die Gesamtfläche der Erdteile gleichbleibt, war der Landgewinn des einen stets identisch mit dem Verlust des anderen. Das Ganze war also ein Nullsummenspiel. Als besonders klug und realistisch galt es immer, dass die eigene Armee und Bewaffnung mindestens ebenso stark sein müsse wie die Kräfte des möglichen Gegners, weil dieser nur so von einem Überfall abgeschreckt werden könne. Im Zusammenleben der Staaten könne sich jeder einzelne nur durch entschlossene Rüstung, durch Aufbau von Druck, durch Gewalt und Erpressung oder auch durch finanzielle Bestechung durchsetzen. Nur diese Sprache werde, realistisch gesehen, verstanden. So denkt man auch bei der Mafia. In der politischen Wissenschaft wird diese Ideologie der gegenseitigen Abschreckung als *Realismus* bezeichnet.

Dass jedoch an dieser Lehre irgendetwas nicht stimmen kann und dass sie daher nicht so realistisch ist wie behauptet, wurde an zwei großen Ereignissen unserer jüngsten Geschichte deutlich. Da ist zunächst die europäische Einigung. Für die Urgroßväter der heute aktiven Generation galt Frankreich ganz selbstverständlich als der „Erbfeind“, während heute ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar ist ebenso wie Kriege zwischen den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dieser Friede mit dem früheren „Erbfeind“ kam aber nicht etwa dadurch zustande, dass beide sich durch ein Wettrüsten gegenseitig von einem Überfall abschreckten, sondern ganz einfach dadurch, dass sie sich miteinander aussöhnten. De Gaulle hatte Adenauer am 14. September 1958 auf seinen Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises eingeladen, und nach zwei Stunden Gespräch in der Bibliothek waren die beiden alten Herren sich einig, dass jetzt mit der Feindschaft Schluss sein

sollte. Später wurde alles in Verträgen fixiert und hiermit auf Dauer gestellt. Dies bildete den Kern der heutigen Europäischen Union mit ihren inzwischen 27 Mitgliedsstaaten.

Das zweite große geschichtliche Ereignis unserer Tage, das nicht entsprechend der Lehre der vermeintlichen Realisten, nämlich durch Krieg, Gewalt und Militär, zustande kam, war 1989/90 der Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der DDR und in einem halben Dutzend mittelosteuropäischen Staaten, verbunden mit der Tatsache, dass diese sich dem Westen zuwandten und der Moskauer Führung entglitten. Schließlich löste sich am 26. Dezember 1991 auch die Sowjetunion auf. Das außerordentlich umfangreiche Arsenal an Kernwaffen und die sowjetischen Divisionen in der DDR hatten sich als ebenso teuer wie nutzlos erwiesen. Dieses Schicksal wäre dem Moskauer Reich womöglich erspart geblieben, wenn seine Lenker die gesamten für Rüstung verwandten Mittel stattdessen für Bildung, Infrastruktur und Sozialpolitik eingesetzt hätten. Das Insgesamt der sozialistischen Staaten hatte sich totgerüstet.

Weil es keine Weltregierung mit einem Machtmonopol gibt, sondern ein anarchisches System von zahlreichen voneinander unabhängigen Staaten, ist ein Wettbewerb um die Macht ganz natürlich und unvermeidlich. Von den entwickelten Staaten ist jeder bestrebt, sich in den Vordergrund zu drängen. Das Problem ist nur, mit welchen Mitteln, sozusagen in welcher Währung, sich dieser Wettbewerb abspielt. Weil ein großer und allgemeiner Atomkrieg gleichbedeutend wäre mit dem Weltuntergang und dem Tod aller Beteiligten, verliert ein Wetttrüsten mit Kernwaffen allmählich seinen Sinn, weil an einen Einsatz dieser Waffen ernsthaft nicht zu denken ist. Nicht zu denken ist aber auch an einen großen konventionellen Krieg nach Art des Zweiten Weltkriegs, mit Schützengräben und Panzerschlachten. Denn in einem solchen Krieg würde unvermeidlich eine der beiden Parteien ins Hintertreffen geraten und sich nur mit dem Einsatz von Kernwaffen noch verteidigen können. Ein konventioneller großer Krieg würde kaum vermeidlich zu dieser Eskalation führen. Stattdessen gab und gibt es inzwischen lauter kleine begrenzte Kriege unterhalb dieses Niveaus.

Zwischen den großen Mächten wird der Wettbewerb jetzt nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgefochten, sondern gleichsam in einer anderen

Währung, nämlich wirtschaftlich. Hier liegt China bei Weitem an der Spitze, indem es sich überall einkauft, überall wirtschaftlichen Einfluss gewinnt, aber kriegerische Auseinandersetzungen strikt vermeidet. In dieser Hinsicht, der neuen Machtwährung Wirtschaft, liegen die USA weit zurück, was an dem von Jahr zu Jahr wachsenden riesigen Außenhandelsdefizit zu sehen ist. Die amerikanischen Waren werden nur in Mindestqualität hergestellt und sind nicht weltmarktfähig. Die Unternehmen sind ganz auf den heimatischen riesigen Markt eingestellt, nicht auf den Export, und sind darüber hinaus weder fähig noch gewillt, sich auf die Besonderheiten fremder Kulturen einzustellen, was für Exporterfolge notwendig wäre. Ihr riesiges Defizit im Außenhandel können die USA nur finanzieren, weil kapitalstarke Länder wie China und Japan ihnen ständig Geld leihen und Dollar-Staatsanleihen kaufen. Dies lässt sich aber nicht beliebig lange durchhalten. Außerdem sind die USA hierdurch jederzeit erpressbar. Das Außenhandelsdefizit, das ebenso gigantische Haushaltsdefizit und die Verschuldung der privaten Haushalte könnten eines Tages entweder unbeabsichtigt oder von außen beabsichtigt mit einer großen Staubwolke zusammenbrechen.

Deutschland hingegen als Exportweltmeister hat in dieser neuen Machtwährung eine gute Stellung und wird dementsprechend von den USA misstrauisch beobachtet. Es werden unfaire Handelspraktiken unterstellt. Auch in dieser Hinsicht verschlechtert sich das gegenseitige Verhältnis.

Die neue Machtwährung ist also die Wirtschaft. Hinzu kommt als Zweites die innenpolitische Stabilität. In beiderlei Hinsicht hat Deutschland ebenso wie die Europäische Union insgesamt eine positive Ausstrahlung und wie schon bisher eine Magnetwirkung auf die östlichen Nachbarn. Es könnte passieren, dass sich künftig irgendwann auch die Ukraine und Weißrussland dem Westen zuwenden, weil das westliche Modell einem übergroßen Anteil der Bevölkerung als attraktiver erscheint und weil es für die moskautreuen Machthaber in Minsk und Kiew schwierig ist, auf die Dauer gegen eine eigene Bevölkerungsmehrheit zu regieren. Angesichts dieser bisherigen und womöglich auch noch künftigen Erfahrungen – dem Sieg des Westens ohne Waffen und der Nutzlosigkeit der Waffen im Osten – stellt sich heute für Deutschland und für Europa die Frage, ob sie sich in der Sicherheitspolitik ganz auf die USA verlassen können und sollen. Denn es könnte ja sein, dass die USA ebenfalls

drauf und dran sind, sich totzurüsten und dass ihnen im Wettlauf der Systeme die strategische Bomberflotte nichts nützt. Denn wann und gegen wen sollten diese Bomber denn eingesetzt werden? Weiter stellt sich die Frage, gegenüber wem, gegen welche auswärtige Macht, Deutschland und Europa eigentlich einen sicherheitspolitischen Schutz, mit Drohung durch Kernwaffen, benötigen. Immer wieder ist von der Politik zu hören, Deutschland sei jetzt von lauter Freunden umgeben und es gebe keine ausländische Macht, die Deutschlands Grenzen bedrohe. Gibt es denn wirklich in Moskau Pläne, mit einer riesigen Armee durch Polen und Deutschland bis zum Rhein vorzudringen? Solche Pläne könnte es ja allenfalls geben, wenn man in Moskau befürchten müsste, dass wieder, wie unter Napoleon und unter Hitler, eine westliche Macht einmarschieren wollte. Um solche Befürchtungen zu zerstreuen, wäre es also sinnvoll, wenn der Westen alles daransetzen möchte, die Moskauer von ihrer, der Westler, Harmlosigkeit zu überzeugen. Wirkungsvoll in diesem friedlichen Sinne wäre ein Freihandelsabkommen, wonach der Westen, langfristig gesichert, große Mengen von Erdgas, Erdöl und weiteren Rohstoffen von Russland kauft und hierfür Bergwerksausrüstungen und weitere Industrie- und Konsumartikel aller Art liefert. Und russische Studenten einlädt, und visafreie Einreise insgesamt gewährleistet. Da gäbe es dann in Moskau keinen Anreiz mehr, die westlichen Freunde und besten Kunden totzuschlagen. Der Ernstfall, worin Deutschland auf den nuklearen Schutzschirm der USA angewiesen wäre, träte also gar nicht ein.

Sich wie bisher auf diesen Schutz zu verlassen, ist auch deswegen sehr problematisch, weil die USA sich, durchaus nachvollziehbar, darüber beklagen, dass Deutschland als Trittbrettfahrer diesen Schutz in Anspruch nimmt, ohne hierfür zu bezahlen und ohne die entsprechenden eigenen Anstrengungen. Auch dieses Problem wäre sehr einfach gelöst, indem Deutschland sich aus der militärisch allein von den USA geführten NATO auskoppelt, also das Trittbrettfahren aufgibt und stattdessen zu Fuß einen eigenen Weg geht.

Nach der America-first-Politik kommt nur das in Frage, was den USA ganz unmittelbar sichtbaren eigenen Vorteil bringt. Die Grundlinie dieser Politik bleibt gleich, auch wenn sie vom neuen Präsidenten Joe Biden im Ton höflicher und diplomatischer formuliert wird. Bei der grobschlächtigen Art von Donald Trump war demgegenüber eher zu erkennen, worum es den Amerikanern geht.

Das Problem ist aus der Sicht des einen ebenso wie aus der Sicht des anderen: Warum sollte es für Amerika vorteilhaft sein, einen Trittbrettfahrer herauszupauken? Insofern klingt die regierungsamtliche Verlautbarung, die NATO und der amerikanische Schutzschirm seien die deutsche Lebensversicherung, etwas hohl. Das rein juristische Argument, die USA seien nach dem NATO-Vertrag gegebenenfalls zur Hilfe verpflichtet, will nicht viel besagen. Denn diese Hilfe lässt sich nun einmal nicht einklagen.

Zudem ist weltweit und speziell in Deutschland das Ansehen der USA dramatisch gesunken, nicht nur wegen der Persönlichkeit von Präsident Donald Trump, sondern auch wegen der penetranten Neigung der USA zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen: Einmarschieren, verwüsten, zehntausende Tote, vor allem in der Zivilbevölkerung, ausmarschieren, Chaos hinterlassen. Gerechtfertigt wird ein solches Vorgehen mit der Begründung, es sei darum gegangen, im fraglichen Land die Demokratie einzuführen.

Das Problem besteht jetzt darin, dass die deutsche Regierung so tut, als ob es auf diesem sicherheitspolitischen Gebiet gar keine Irritationen gäbe, keinen Anlass zu neuen Überlegungen und daher keinen Anlass für eine Debatte. In den jeweiligen Koalitionsverhandlungen kommt das Thema nur ganz am Rande vor, obwohl es bei den Sozialdemokraten ein grundsätzlich anderes Denken gibt als in der Union. Im Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 für die 19. Legislaturperiode, ziemlich weit hinten auf Seite 147, heißt es: *Mit den USA und Kanada verbindet uns eine starke Werte- und Interessengemeinschaft*. Hier ist zunächst einmal erstaunlich, dass USA und Kanada im selben Atemzug genannt werden, denn gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik, die ja aus deutscher Sicht besonders wichtig ist, sind beide fundamental verschieden: so aggressiv, militaristisch und imperialistisch, wie die USA sich geben, so friedfertig, weltoffen und zurückhaltend geben sich die Kanadier. Sie nehmen militärisch grundsätzlich nur an UN-Missionen teil. Und von einer Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und den USA kann wegen der in der deutschen Bevölkerung ausgeprägt pazifistischen Haltung gar keine Rede sein. Dieser Satz steht ganz einfach nur deshalb im Koalitionsvertrag, weil es immer so war und er ohne Debatte einfach nur übernommen wurde. Die ergänzende Feststellung *Die USA durchlaufen einen tiefgreifenden Wandel* sagt nicht viel aus und ist überdies irreführend, denn die Grundhaltung, der ganzen Welt

ihren Willen aufnötigen zu wollen, und sei es mit Gewalt, ist unverändert seit Anfang an. Nur die Ausdrucksweise, mal höflich, mal vulgär, ändert sich. In Deutschland fehlt eine Debatte in der Sicherheitspolitik, gleich, ob in den Koalitionsverhandlungen, dem Bundestag, den öffentlichen Reden des Bundespräsidenten oder der Presse, und auf Nachfrage werden die grundlegenden Differenzen ganz einfach geleugnet. Dieses Fehlen von kritischem Nachdenken und Fragen wird von allen Fachleuten einhellig beklagt. Es geht in der Debatte und in den Koalitionsverträgen um tausend Kleinigkeiten, aber nicht um die Frage, ob und wie Deutschland mit Kernwaffen vor einem Angriff geschützt werden könnte und wie viele Deutsche diesen Schutz und den unvermeidlich folgenden Gegenschlag überleben würden.

Die Regierung unter Führung von Angela Merkel tut ganz einfach so, als wäre die Welt so übersichtlich wie in den Jahrzehnten des Kalten Krieges: Die NATO unter Führung der USA schützt Deutschland ebenso wie alle anderen Mitglieder, weil ein Angriff auf einen als Angriff auf alle gilt. Das atlantische Bündnis und die (angebliche) Wertegemeinschaft mit Amerika garantieren die deutsche Sicherheit. Alle entsprechenden Fragen würden miteinander abgestimmt.

Als die Amerikaner 2020 ankündigten, etwa ein Drittel ihrer Soldaten aus Deutschland abzuziehen und nach Polen oder nach daheim in den USA zu verlegen, erfuhren die NATO-Führung und Deutschland dies erst aus der Presse. Von einer Abstimmung war also keine Rede. Als Reaktion auf diese Ankündigung meinten die Sozialdemokraten, die Amis sollten ruhig fortziehen und ihre in Deutschland lagernden Atomwaffen gleich mitnehmen. Diesen Vorschlag fand man in der Union unverantwortlich, weil dies die nukleare Teilhabe gefährde. Gemeint ist, dass auch einige Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, gleichwohl durch die Kernwaffen der USA geschützt werden. Von dieser Teilhabe erfuhr die deutsche Öffentlichkeit erst jetzt, obwohl es im Ernstfall, bei einem nuklearen Krieg in Mitteleuropa, einige Millionen Tote geben würde. Oder anders herum gefragt: Wie viele Millionen oder auch nur tausende Deutsche würden diesen Kampf überleben? Die Regierung zieht es vor, die deutsche Öffentlichkeit nicht mit solchen Albträumen zu konfrontieren. Die schlichte Tatsache, dass im Krieg das gegenseitige massenhafte kühl geplante und organisierte Töten der Normalfall ist und dass es in der Sicher-

heitspolitik darum geht, diesen Fall zu verhindern, ist jedermann bekannt. Aber über derlei unanständige Dinge spricht man nicht.

Tatsächlich ist es an der Zeit, dass Deutschland und Europa sich von der Illusion verabschieden, durch die NATO und die enge Partnerschaft mit den USA seien die Sicherheitsprobleme gelöst. Stattdessen ist eine grundsätzliche Debatte zu dem Thema angesagt, welchen Platz Europa unter den drei verbliebenen Weltmächten – USA, China, Russland – einnehmen will und kann. Für Deutschland kann diese Debatte nur davon ausgehen, dass das Volk eine streng pazifistische Grundeinstellung hat und dass das Grundgesetz die Teilnahme an völkerrechtswidrigen Aktionen sowie die Beihilfe hierzu verbietet. Deutschland kann jedoch durchaus geopolitischen Ehrgeiz entwickeln. Aber nicht durch eine forcierte Aufrüstung, sondern einfach durch sein Beispiel: Indem es vorzeigt, wie eine freiheitliche und streng rechtsstaatliche Ordnung funktioniert, und zur Nachahmung einlädt. Im aktuellen Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union heißt es beispielsweise:

*Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit in Verantwortung ist unser Modell für eine internationale Ordnungspolitik.*

Entscheidend für den geschichtlichen Erfolg eines Staates ist letztlich nicht die Anzahl von Panzern und Flugzeugträgern, sondern die positive oder negative Ausstrahlung, die der Staat und sein Regierungs- und Ordnungssystem entwickeln. Wie stark diese Ausstrahlung eines Staates ist und mit welchem Vorzeichen, lässt sich relativ einfach daran abmessen, wie viele Leute hinein und wie viele hinaus wollen. Die jetzige Bundesrepublik hat anscheinend eine positive Ausstrahlung, denn weltweit gibt es außerordentlich viele Menschen, die unbedingt zu uns kommen möchten, die wir aber nicht alle aufnehmen können. Umgekehrt hatte die DDR eine ausgesprochen negative Ausstrahlung, denn insgesamt mehrere Millionen Menschen sind ihr entlaufen, und zahlreiche Personen wollten nach dem Mauerbau hinaus, während nur recht wenige aus dem Westen hinein wollten.

Für unsere Überlegungen, welchen Platz Deutschland unter den drei verbliebenen Weltmächten USA, China und Russland einnehmen könne und will, sind wir insofern in einer günstigen Situation, als Deutschland seit dem

15. März 1991 vollständig souverän ist. Wir haben also schon bisher viel Zeit versäumt, über unseren Platz in der Welt nachzudenken. An diesem Tag trat der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Kraft, das heißt der Vertrag zwischen Bundesrepublik und DDR einerseits, ferner den vier Siegermächten (Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich), die vorher die Verantwortung für Deutschland als Ganzes und insbesondere für Berlin innehatten. Mit diesem Vertrag endeten alle alliierten Vorbehaltsrechte. Bei der Gründung der alten Bundesrepublik war es ja nur darum gegangen, einem willkürlich abgetrennten Teil des unverändert bestehenden Deutschen Reiches für eine Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung eine vorläufige Ordnung zu geben. Dieser Status wurde mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag beendet: Deutschland bekam seine endgültige Gestalt (Bundesrepublik plus DDR plus ganz Berlin, aber ohne die Gebiete jenseits von Oder und Neiße) und seine volle Souveränität. Die Deutschen können jetzt also ihre Freunde selbst aussuchen und überhaupt ihre Außen- und Sicherheitspolitik völlig neu und unbefangen durchdenken und diskutieren. Insbesondere können die Deutschen jetzt überlegen, ob und wie sie sich aus der amerikanischen Vormundschaft befreien wollen. Deutschland kann ein eigenständiges Bewusstsein seiner Identität und seiner Interessenlage erlangen, insofern erwachsen werden und einen Status gewinnen, der für seine sämtlichen Nachbarn selbstverständlich ist, wenn nur an Frankreich, Großbritannien oder Polen gedacht wird. Zu diesem Status gehört auch, klar seine eigene Interessenlage zu definieren und nach außen hin zu vertreten. Das langfristige grundsätzliche Anliegen geht dahin, nicht nur eigenen im Land, sondern möglichst auch über die Grenzen hinaus den Gedanken der Menschenwürde, der Freiheit und des Rechtsstaates zu verwirklichen, sodass möglichst viele Menschen in den Genuss dieser Rechte kommen. Aus einer solchen Grundentscheidung müssten dann alle Einzelheiten bis hin zur Tagespolitik in den nachbarschaftlichen Beziehungen folgen.

Die Neigung zu einer kontroversen Grundsatzdebatte zu der Frage, in welchem Sinne von der neuen Souveränität Gebrauch gemacht werden und wie die eigene Interessenlage zu definieren und zu vertreten sei, ist allerdings merkwürdigerweise relativ gering. Zum einen deshalb, weil Deutschland sich in den Jahrzehnten des Kalten Krieges unter dem amerikanischen Schuttschirm relativ bequem eingerichtet hatte und sich für eine solche aus dem Lie-

gestuhl erheben müsste. Eine Diskussion über das nationale Interesse findet in Deutschland auch schon deshalb nicht statt, weil es ganz auf das Thema fixiert ist, dass der millionenfache Mord an den Juden nicht vergessen werden dürfe und dass alle Mitbürger wachsam sein müssen, dass sich ein ähnliches Regime wie das nationalsozialistische nicht wiederhole. Diese Mahnungen sind nur allzu berechtigt, sollten aber nicht als Ausrede benutzt werden, um sich eine Debatte über das eigene nationale Interesse zu ersparen. Wer allzu viel rückwärts schaut, steht mit dem Rücken zur Zukunft. Außerdem ergibt sich dadurch die Gefahr einer moralischen Arroganz. Etwa nach dem Muster: *Wir Deutschen haben ganz Europa mit Krieg, Mord und Massenmord überzogen, kennen uns also mit dieser Gefahr aus. Aber wir haben unsere Verbrechen in vorbildlicher Form aufgearbeitet und erwarten dies auch von den anderen Völkern und deren Verbrechen. Sie sollten sich an uns als moralischem Vorbild als Vorbild orientieren.* Für eine solche Haltung, auch wenn sie nur unterschwellig mitschwingt, haben natürlich die anderen Völker keinerlei Verständnis. Der Normalfall ist vielmehr, dass jedes Volk die positiven Seiten seiner Geschichte hervorkehrt und feiert, während alles Peinliche verdrängt und verschwiegen wird.

Eine ähnliche Fixierung auf die Vergangenheit, nur mit umgekehrten Vorzeichen, findet sich auch in den USA und Russland. Donald Trumps Motto im Wahlkampf war: *Make America great again!* Die Wähler wurden also aufgerufen, Amerika wieder großartig zu machen und an eine großartige Vergangenheit anzuknüpfen. Gedacht war an die Pionierzeit der industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber auch an die späten 1940er und die 1950er Jahre, als die USA das Monopol der Atomwaffen und eine positive Handelsbilanz hatten. Nicht wenige Bewohner der Südstaaten denken bei diesem reaktionären Motto, die Weißen sollten ihre privilegierte Stellung wieder erhalten: *Make America white again!* Ferner verlagerte Trump die finanziellen Gewichte fort von Bildung und Sozialpolitik in Richtung einer noch stärkeren Rüstung, damit die Welt wieder den gebührenden Respekt vor den USA bekomme. Dies scheint aber nicht einzutreten: Wenn die bereits längst hoffnungslos überrüsteten USA weitere Flugzeugträger, Bomber und Kampfdrohnen anschaffen, wird dies kaum noch zur Kenntnis genommen. Trump schien nicht zu bemerken, dass stattdessen weltweit der Respekt vor den USA durch sein eigenes, Trumps, Verhalten dramatisch abnahm. Nicht wenigen,